



## Geladen

Von Schnecken, Katzen und Mördern: Patricia Highsmith ist eine der am meisten gelesenen Suspenseautorinnen. Ihre Romane sind Genreklassiker. Zu ihrem 100. Geburtstag erscheinen ihre Tagebücher bei Diogenes. Von Holger Teschke

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · DIENSTAG, 19. JANUAR 2021, NR. 15 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Millionen für Sarkozy

Ein System auf der Anklagebank:  
**3** Neue Ermittlungen gegen früheren französischen Präsidenten

### Faustschläge und Tritte

Halberstadt: Wachleute wegen Miss-handlung Geflüchteter vor Gericht. Urteil Anfang Februar  
**4**

### Verriss durch Rechnungshof

Konzernanhängsel: Union und SPD denken über Reform der Unabhängigen Patientenberatung nach  
**5**

### Sommer in Portland

Eminent politisch: Die Drive-by Truckers reflektieren gesellschaftlichen Notstand der USA  
**10**



# Erdogan sucht Freunde

Außenminister Maas in Ankara. Präsidentenwechsel in den USA und Wirtschaftskrise zwingen die Türkei, Verhältnis zur EU zu verbessern. Von Jörg Kronauer

Der türkische Präsident Tayyip Erdogan hinter einer EU-Fahne am 9. März 2020 in Brüssel/Belgien

In die verhärteten Konflikte im östlichen Mittelmeer kommt Bewegung. Er sehe »die reelle Chance einer dauerhaften Entspannung« in der Region, teilte Außenminister Heiko Maas am Montag anlässlich einer Reise nach Ankara mit. Maas traf mit seinem türkischen Amtskollegen Mevlüt Cavusoglu zusammen, um über die Streitigkeiten zwischen der Türkei und Griechenland um Seegrenzen und Erdgasförderrechte in der Ägäis sowie vor Zypern zu verhandeln. Vorgangenes Jahr hatten die Konflikte fast zu einer militärischen Konfrontation zwischen Ankara und Athen geführt. Der Türkei-reise des deutschen Außenministers war am 9. Januar eine Videokonferenz des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorausgegangen, bei der Erdogan mitgeteilt hatte, er wolle in den Beziehungen zur EU »eine neue Seite aufschlagen«. Bereits

am Donnerstag wird Cavusoglu nun zu Gesprächen mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell in Brüssel erwartet. Noch im Januar sollen von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel die Verhandlungen fortsetzen.

Hintergrund der eifrigen Reisediplomatie ist, dass die Türkei Ende 2020 begonnen hat, sich gegenüber der EU und insbesondere auch gegenüber Griechenland ein wenig versöhnlicher zu geben. Insbesondere wollte sie nicht mehr potentielle Erdgaslagerstätten in Gewässern erkunden, die Griechenland und Zypern für sich beanspruchen. Als Ursachen für Erdogans Kurskorrektur gelten zum einen die Wirtschaftskrise, zum anderen der Personalwechsel im Weißen Haus. Hatte die Trump-Regierung die türkische Expansionspolitik, etwa in Syrien faktisch hingenommen, so wird unter Joseph Biden mit Brett McGurk ein entschiedener Gegner dieser Politik Mittelostkoordinator im

Nationalen Sicherheitsrat. Biden selbst hatte Erdogan Anfang 2020 im Interview mit der *New York Times* einen »Autokraten« genannt und erklärt, man müsse dessen Sturz fördern – »nicht per Putsch« natürlich, sondern »durch Wahlen«. Mit Blick darauf ist Erdogan nun um mehr Entspannung im Verhältnis mit der EU bemüht.

Griechenland hingegen hatte zuletzt seine Muskeln spielen lassen. Es hat den Kauf von 18 Rafale-Kampffjets beschlossen und will fünf Milliarden Euro in die Aufrüstung seiner Marine investieren. Am heutigen Dienstag soll das Parlament zudem die Ausdehnung der griechischen Hoheitsgewässer von sechs auf zwölf Meilen vor der Küste beschließen. Das ist völkerrechtlich zulässig, allerdings politisch heikel. Athen hat den Schritt – zunächst – auf das Ionische Meer im Westen beschränkt, konnte jedoch schon dort neue Konflikte nicht vermeiden: Die

Zwölfmeilenzonen vor Korfu und vor der Küste Albaniens überschneiden sich. Den Disput soll nun der Internationale Gerichtshof in Den Haag lösen. Übertrüge Athen die Regelung auf die Ägäisinseln, würden große Teile der Türkei vom Zugang zum Mittelmeer abgeschnitten. Ankara gälte ein solcher Schritt als Kriegsgrund. Positiv stimmt nun aber, dass Griechenland und die Türkei am 25. Januar die Gespräche über ihre Seegrenzen wiederaufnehmen wollen.

Offenkundig erfolglos verhalte die Forderung von Sevim Dagdelen, Obfrau der Linksfraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, Maas solle sich in Ankara doch wenigstens für die sofortige Freilassung des Ex-HDP-Vorsitzenden Selahattin Demirtas einsetzen und sich für einen Stopp der Rüstungsexporte an die Türkei starkmachen. Die Türkei erhält aktuell deutsche U-Boote.

### Eishockeyverband entzieht Belarus WM



Zürich. Der Eishockey-Weltverband IIHF hat Kogastgeber Belarus die Weltmeisterschaft in diesem Jahr entzogen. Die Entscheidung des Exekutivkomitees der IIHF am Montagabend bei einer Videokonferenz sei aufgrund »von Sicherheitsbedenken« getroffen worden, teilte der Verband mit. Die Kritik war angesichts der andauernden Proteste gegen Staatschef Alexander Lukaschenko zuletzt immer größer geworden. IIHF-Präsident René Fasel bezeichnete den WM-Entzug als »bedauerlich«, aber »unvermeidlich«. Binnen einer Woche soll entschieden werden, wo die WM, die vom 21. Mai bis 6. Juni im lettischen Riga und im belarussischen Minsk geplant war, nun stattfinden soll. Eigentlich sollte über die WM erst in der kommenden Woche beraten werden. Angesichts des heftigen Drucks, der zuletzt entstanden war, entschied das Exekutivkomitee bereits am Montag bei einer turnusmäßigen Videokonferenz. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 16

### Garzweiler: Protest gegen Abrissarbeiten

Lützerath. In der Nähe des rheinischen Tagebaus Garzweiler haben am Montag Klimaaktivisten gegen den Abriss von leerstehenden ehemaligen Wohnhäusern protestiert. Etwa 50 Braunkohlegegner waren in der Ortschaft Lützerath dabei. Nach Angaben der Initiative »Alle Dörfer bleiben« gegenüber jW waren bis zu 70 Sicherheitskräfte des Energiekonzerns RWE aktiv. Gegen Menschen, die die Abrissarbeiten stoppen wollten, sei die Polizei gewaltsam vorgegangen. Die war nach eigenen Angaben mit einer Hundertschaft im Einsatz. Lützerath ist eines der Dörfer, die dem von RWE betriebenen Braunkohletagebau Garzweiler II weichen sollen. Bis zum Ausstieg aus der Braunkohleförderung im Jahr 2038 sollen nach den Plänen der NRW-Landesregierung noch weitere fünf Ortschaften verschwinden. (dpa/jW)

■ Siehe Seite 4

# Verschärfter Handelskrieg gegen Beijing

US-Regierung macht Druck auf Huawei-Lieferanten. Chinas Volkswirtschaft wächst weiter

Die Trump-Regierung hat Huawei-Lieferanten, darunter den Chiphersteller Intel, benachrichtigt, dass sie bestimmte Lizenzen für den Verkauf an das chinesische Unternehmen widerrufen und beabsichtigt, Dutzende von Anträgen zur Belieferung des Telekommunikationsunternehmens abzulehnen. Die Maßnahme ist die jüngste in einem langjährigen Versuch, den weltgrößten Telekommunikationsausrüster zu schwächen, den Washington als »Bedrohung der nationalen Sicherheit« ansieht. Von Intel bezieht Hua-

wei Prozessoren und Datenträger zum Bau von Servern.

Huawei und Intel Corp. lehnten eine Stellungnahme ab. Das US-Handelsministerium sagte, es könne sich nicht zu spezifischen Lizenzierungsentscheidungen äußern, sondern arbeite weiterhin mit anderen Behörden zusammen, um die Richtlinien »konsequent« und in einer Weise anzuwenden, die »die nationale Sicherheit und die außenpolitischen Interessen der USA schützt«.

Generell ist die aktuelle Situation chaotisch: Verschiedene Behörden,

darunter das US-Verteidigungs- sowie das Handelsministerium hätten sich häufig nicht entscheiden können, wer Ausnahmegenehmigungen zur Belieferung erhält und wer nicht. Bei rund 150 Anträgen zu Gütern im Wert von 280 Milliarden Dollar (etwa 231 Milliarden Euro) stand laut Reuters-Informationen Anfang Januar noch eine Entscheidung aus.

Intel Corp. hatte ursprünglich von den US-Behörden Lizenzen erhalten, um weiterhin bestimmte Erzeugnisse an Huawei liefern zu dürfen. Eine Regel vom August besagte, dass

Produkte, die für den 5G-Mobilfunkstandard zu nutzen sind, wahrscheinlich abgelehnt würden, aber über den Verkauf von weniger anspruchsvoller Technologie würde von Fall zu Fall entschieden werden. Damit scheint es jetzt vorbei zu sein.

Auch unter den Vorzeichen des Handelskriegs mit den USA und den Belastungen durch die Coronapandemie hat Chinas Wirtschaft im Jahr 2020 ein deutliches Wachstum geschafft. Das teilte das Pekinger Statistiktamt am Montag mit. (Reuters/jW)

■ Siehe Seite 9

**jW** wird herausgegeben von 2.464 Genossinnen und Genossen (Stand 21.12.2020)  
 www.jungewelt.de/lpg

